



Chart of the Week: 1. Quartal 2022

Jänner bis März: Daten und Fakten interaktiv visualisiert

28.04.2022, 12:25



© ADOBESTOCK/WKÖ

KW 12: Russland-Ukraine-Krieg verschärft Lieferketten-Probleme

Der von Russland entfachte Krieg und die damit verbundenen Folgen verschärfen die bereits bestehenden, globalen Probleme in den Lieferketten enorm. Wie der sogenannte „Global Supply Chain Pressure Index“ zeigt, sind die weltweiten Lieferketten schon in den letzten zwei Jahren im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie unter Druck geraten, aktuell verstärkt der Ukraine-Krieg die Lieferkettenprobleme weiter. Der Krieg sowie die vom Westen beschlossenen Sanktionen haben beispielsweise weitreichende Auswirkungen auf das Logistiknetzwerk. Darüber hinaus verstärken sich die Unsicherheiten in Hinblick auf die Versorgungssicherheit mit wichtigen Vorprodukten, kritischen Mineralien und anderen Rohstoffen auch deshalb, weil Russland für die EU ein wichtiger Rohstofflieferant und die Ukraine ein bedeutender Lebensmittellieferant sowie ein wichtiger Standort für Zulieferbetriebe ist. Hinzu kommt, dass die Preise für Rohstoffe massiv gestiegen bzw. starken Schwankungen unterworfen sind.

[Zur interaktiven Grafik](#)

Unterbrochene Lieferketten, fehlende Rohstoffe und unvorhersehbare Preissteigerungen setzen die Wirtschaft massiv unter Druck. Wichtig sind daher Maßnahmen, um Lieferketten zu diversifizieren und insbesondere die betroffenen Branchen, die von hohen Preissteigerungen betroffen sind, zu entlasten.

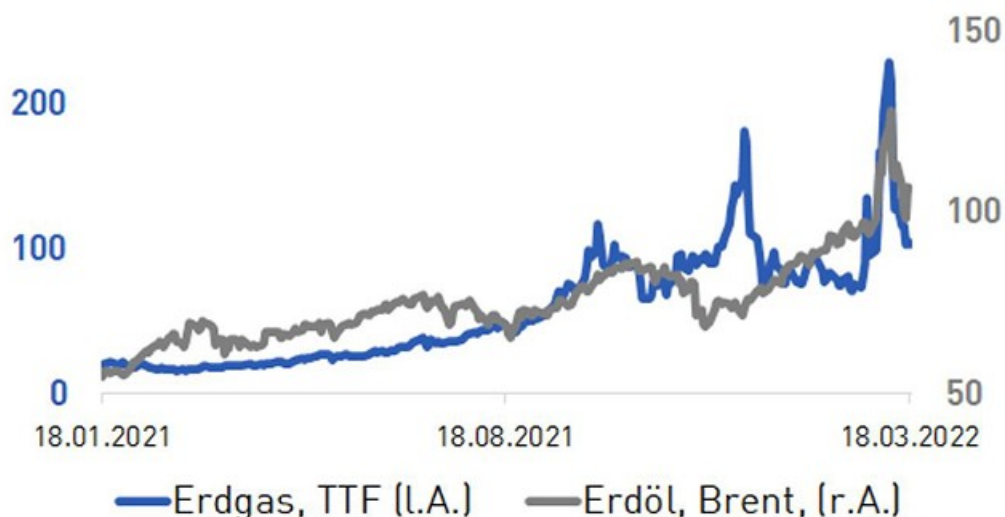
[>> Analyse als PDF lesen](#)

KW 11: Energiepreisanstieg trifft Wirtschaft massiv

Schon im vergangenen Jahr sind die Öl-, Gas- und Strompreise kontinuierlich gestiegen, der Krieg in der Ukraine hat weitere, massive Kostensteigerungen verursacht.

Erdöl kostet derzeit ungefähr doppelt so viel, eine Megawattstunde Gas etwa sechsmal so viel als im Jänner 2021. Die hohen Energiepreise stellen sowohl Haushalte als auch Unternehmen vor große Herausforderungen, die anteilmäßig größte Last liegt jedenfalls auf der österreichischen Wirtschaft. So ist der produzierende Bereich mit einem Anteil von 40 % der größte Verbraucher von Gas in Österreich, 19 % des Gasverbrauchs entfallen auf Haushalte.

Preis von Erdgas (EUR/MWh) und Erdöl (USD/Barrel)



Quelle: Trading Economics

©

Ohne rasche Gegenmaßnahmen besteht die Gefahr, dass viele Unternehmen ihre Produktion bzw. ihre Leistungen herunterfahren müssen. Damit Energie weiter leistbar bleibt, braucht es einen Mix unterschiedlicher Maßnahmen im Bereich Steuern und Abgaben, aber auch Unterstützungen in Form von Kompensationen oder Gutschriften.

[>> Analyse als PDF lesen](#)

KW 10: Aufrechterhaltung der Gasversorgung als oberste Priorität

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt Österreich vor eine kritische Situation in der Energieversorgung. Zwar läuft die Versorgung mit Erdgas aus Russland derzeit planmäßig, dennoch muss jetzt Vorsorge getroffen werden, um im Falle eines teilweisen oder vollständigen Lieferstopps von Gas aus Russland, die Versorgungssicherheit in Österreich aufrechtzuerhalten. Russland ist der wichtigste Energielieferant Österreichs, rund 80 % der Gasimporte hierzulande stammen aus Russland. Die Gasspeicher sind derzeit in Österreich nur zu 17 % gefüllt.

[Zur interaktiven Grafik](#)

Ein Gaslieferstopp aus Russland hätte gravierende Auswirkungen auf die Energieversorgung Österreichs. In der aktuellen Versorgungslage wäre eine Stilllegung von Produktionsanlagen die Folge. Der Fall einer staatlichen Energielenkung durch Abkopplung einzelner Unternehmen von der Gasversorgung muss unter allen Umständen vermieden werden. Oberste Priorität hat die Aufrechterhaltung der Gasversorgung, und damit eine Diversifikation der Gasbezüge sowie eine rasche Auffüllung der Gasspeicher. Langfristig gilt es für eine bessere Diversifizierung der Energieträger die Potenziale bei erneuerbaren Energien, Wasserstoff und grünem Gas zu heben, kurz- und mittelfristig lässt sich Erdgas aber in vielen Bereichen der

Wirtschaft nicht ersetzen.

[>> Analyse als PDF lesen](#)

KW 9: Russischer Angriffskrieg dämpft wirtschaftliche Erholung

Nach dem breit angelegten Angriff Russlands auf die Ukraine ab 24.2.2022 ist die Lage sehr volatil und das Ausmaß des wirtschaftlichen Schadens derzeit nicht absehbar. Die aktuellen Konjunkturprognosen werden jedoch nicht halten. Zwar gehört Russland nicht zu den größten Handelspartnern Österreichs, in Teilbereichen der Wirtschaft sind die ökonomischen Verflechtungen jedoch überproportional groß. Für diese Branchen beziehungsweise einzelne Unternehmen kann der wirtschaftliche Schaden erheblich werden.

Darüber hinaus ist der Wirtschaftsstandort Österreich aufgrund seiner starken Abhängigkeit von russischem Erdgas angreifbar. Hierzulande stammen rund 80 % der Gaseinfuhren aus Russland, während der Anteil der russischen Gasimporte in der EU bei rund 44 % liegt. Damit wird die österreichische bzw. europäische Wirtschaft v.a. über höhere Gas-, Öl- und Energie-, aber in Folge auch Lebensmittel- und Rohstoffpreise getroffen. Insgesamt können die höheren Energiepreise das Wirtschaftswachstum dämpfen und die Inflation weiter nach oben treiben.

[Zur interaktiven Grafik](#)

Der russische Angriffskrieg ist aufs Schärfste zu verurteilen. Jeglicher kriegerische Akt sorgt für enormes menschliches Leid und hat massive wirtschaftliche Auswirkungen zur Folge. Die wirtschaftliche Erholung Österreichs ist dadurch in Gefahr. Es braucht daher Maßnahmen, um die besonders betroffenen Branchen zu unterstützen, etwa durch Kompensationszahlungen auf europäischer Ebene, aber auch durch Garantien sowie allenfalls Anpassungen bei der Kurzarbeit.

[>> Analyse als PDF lesen](#)

KW 8: COVID-19-Krise kostete bisher 55 Mrd. Euro Wertschöpfung

Am 25. Februar 2022 jährt sich der erste Covid-19-Fall in Österreich zum zweiten Mal. Seit dem leidet die österreichische Wirtschaft unter den Folgen der Corona-Pandemie. Es wurden vier Lockdowns und zahlreich weitere Eindämmungsmaßnahmen verhängt, was zu einem nie dagewesenen Wirtschaftseinbruch geführt hat.

Insgesamt kostete die Covid-19 Krise bisher in Österreich rund 55 Mrd. Euro an Wirtschaftsleistung (bei einem unterstellten Vor-Krisen-Trendwachstum von 1,25 % per anno für 2020 bis 2022). Betrachtet man „lediglich“ den kumulierten BIP-Verlust, so liegt dieser bei 40,1 Mrd. Euro. Nach einem BIP-Rückgang von minus 6,7 % im Jahr 2020 und einer anschließenden, kräftigen Erholung 2021 (+4,1 %) wird das Vorkrisenniveau zwar im Jahr 2022 überschritten, die Lücke zum Vor-Corona-Wachstumspfad kann allerdings erst 2025 geschlossen werden.

[Zur interaktiven Grafik](#)

Die Covid-19-Öffnungsschritte nach dem Vorbild von Dänemark oder Schweden sind für die wirtschaftliche Erholung von großer Bedeutung. Angesichts dieser Öffnungsschritte sowie der positiven konjunkturellen Entwicklung ist es nachvollziehbar, dass die Wirtschaftshilfen im aktuellen Umfang nicht weiter verlängert werden, dennoch müssen gerade für die besonders betroffenen Branchen zielgerichtete Hilfsmaßnahmen weiter bestehen bleiben, damit ein starkes Comeback der Wirtschaft gelingen kann.

[>> Analyse als PDF lesen](#)

KW 7: „Chips Act“: EU stärkt Halbleiterindustrie mit 43 Mrd. Euro

Die Europäische Kommission hat am 8. Februar 2022 ihren Vorschlag für den „European Chips Act“ präsentiert. Damit soll die Halbleiterindustrie in Europa langfristig gestärkt und der Ausbau von Produktionskapazitäten deutlich vorgetrieben werden. Bis 2030 sollen insgesamt 43 Mrd. Euro an öffentlichen und privaten Mitteln in diesen Technologiezweig fließen und der Anteil der EU an der weltweiten Halbleiterproduktion auf 20 % steigen. Derzeit hat Europa lediglich einen Anteil von 10 % am globalen Halbleitermarkt, während die USA an 1. Stelle und Südkorea an 2. Stelle liegen.

[Zur interaktiven Grafik](#)

Nicht nur angesichts der momentanen Engpässe, sondern v.a. auch wegen der zukünftig weiter stark steigenden Nachfrage nach Halbleitern, ist der „EU

Chips Act“ ein wichtiger und notwendiger Impuls. Damit wird die Halbleiter-Produktion und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz Europas gestärkt, sowie Lieferengpässe vermieden. Darüber hinaus trägt diese Initiative zur Verwirklichung des digitalen und ökologischen Wandels bei. Essentiell ist jedoch auch, dass dadurch keine Überkapazitäten geschaffen werden.

[>> Analyse als PDF lesen](#)

KW 6: Das Problem der Zukunft heißt Arbeitskräftemangel

Der Arbeits- und Fachkräftemangel erreicht in Österreich - wie auch in der gesamten EU - ein neues Rekordniveau. Laut aktueller „Business and Consumer Survey“ der Europäischen Kommission meldeten im Jänner 2022 mehr als ein Viertel der europäischen Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors einen Mangel an Arbeitskräften als produktionshemmenden Faktor. Der Anteil der Dienstleistungsunternehmen in Österreich, der mit einem Mangel an Arbeitskräften konfrontiert ist, liegt bei 31 %. Dies ist der höchste Anteil seit Beginn der Datenerhebung im Jahr 1982.

[Zur interaktiven Grafik](#)

Die Sicherung des Fachkräftebedarfs ist eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte und hat für die WKÖ oberste Priorität. Zur Sicherung des Arbeitskräftebedarfs muss an vielen Stellschrauben gleichzeitig gedreht werden. Notwendig sind beispielsweise eine Steigerung der Mobilität am Arbeitsmarkt, eine Verbesserung von Qualifizierungsmaßnahmen, ein Ausbau der Kinderbetreuungsplätze, eine Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte oder eine Erhöhung des effektiven Pensionsantrittsalters.

[>> Analyse als PDF lesen](#)

KW 5: „Greenflation“ kann Energiewende erschweren

Die Preise für eine Vielzahl von Energieträgern und Rohstoffen sind in den letzten Monaten massiv gestiegen und tragen damit entscheidend zur derzeit hohen Inflation bei. Der Preisanstieg der letzten Monate hängt zwar nur am Rande mit der Energiewende zusammen, es besteht jedoch die Gefahr, dass die ambitionierten Klimaschutzmaßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen bzw. die Dekarbonisierung von Wirtschaft und Gesellschaft die Inflation in den kommenden Jahren stark treiben könnten. Dieser als „Greenflation“ titulierte Effekt bezeichnet somit eine durch die Klimapolitik bzw. Energiewende ausgelöste Teuerungswelle.

[Zur interaktiven Grafik](#)

Stark steigende Rohstoffpreise sowie ein Rohstoffmangel können den Übergang zu einer kohlendioxidfreien Stromerzeugung gefährden bzw. teurer machen als bisher angenommen. Die steigenden Energiepreise setzen Unternehmen unter Druck und gefährden deren Wettbewerbsfähigkeit. Die Politik ist gefordert, entsprechende Maßnahmen zu setzen, etwa indem der Bau von Photovoltaik- und Windkraftanlagen erleichtert oder die Erschließung neuer Rohstoffquellen beschleunigt wird. Darüber hinaus müssen Investitionen gestärkt werden, um die ambitionierten Klimaziele erreichen zu können.

[>> Analyse als PDF lesen](#)

KW 4: 20 Jahre Euro – Währungsstabilität entscheidend

Vor rund 20 Jahren, am 1. Jänner 2002, wurde in 12 EU-Mitgliedstaaten der Euro als Bargeld eingeführt. Heute ist der Euro für rund 342 Millionen Menschen in 19 EU-Mitgliedsländern offizielles Zahlungsmittel. Nach seiner Einführung hat sich der Euro nach dem US-Dollar rasch zur zweitwichtigsten Weltwährung etabliert. 20,5 % der Weltwährungsreserven werden in Euro gehalten, 59,2 % in US-Dollar. Insgesamt hat sich der Euro als robuste und stabile Währung erwiesen. So liegt die jährliche Inflationsrate im Euroraum seit der Einführung des Euro mit 1,9 % (2002-2021) deutlich unter dem historischen Durchschnitt in Österreich zu Schilling-Zeiten (Durchschnitt 1960-2001=3,8 %).

[Zur interaktiven Grafik](#)

Für eine stabile Währung muss auch in Zukunft alles getan werden. Zwar war es zur Bewältigung der COVID-19-Krise wichtig und richtig, die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts auszusetzen und die Wirtschaft zu stützen. Doch nach Überwindung der Krise müssen die Länder der Eurozone zu einer nachhaltigen Fiskalpolitik zurückkehren. Das ist erforderlich für die Stabilität der Währung und schafft Spielraum für die nächsten Krisen.

Das könnte Sie auch interessieren

SPIK - Sozialpolitik informativ & kurz

Newsletter Abteilung Sozialpolitik und Gesundheit 31.1.2023 > mehr



Lehrlingszahlen steigen wieder: Großes Plus bei Lehranfängern

WKÖ-Generalsekretärin Kühnel: Gutes Zeichen für heimischen Arbeitskräftestandort > mehr



Wirtschaftspolitische Analysen 2023

Analyse und Bewertung ausgewählter wirtschaftspolitisch relevanter Themen > mehr